



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Das Ziel der Unternehmer.

Bei der Durchsicht der Unternehmerpresse stößt man immer wieder auf die Behauptung, die Gewerkschaften haben nicht den guten Willen, an der Gesundung der deutschen Wirtschaft ernsthaft mitzuarbeiten. Die Unternehmer im graphischen Gewerbe bewegen natürlich diese Worte ebenfalls ständig in ihren Herzen und klagen schmerzlich, die Gewerkschaftsvertreter seien schuld, wenn das Gewerbe und die Wirtschaft gefährdet würden. Es ist schwer und ganz ausichtslos, mit ihnen einig zu werden. Wir müssen ihren Vorwurf, wie ihn die „Zeitschrift“ neulich erhob, daß statt Veröhnung Verhehung gepredigt wird und der ehrliche Wunsch der Unternehmer, „mit Hilfe der deutschen Gewerkschaften, das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen“, von uns erschwert wird, gelassen auf uns nehmen. Die großen nationalen Töne liegen uns auch nicht. Unsere Worte sind einfach, wir betreiben nur auf die Lebensführung unserer Kollegen und Kolleginnen, die eben keine Einschränkung mehr erleben kann, wohl aber eine bedeutende Verbesserung nötig hat. Wer so wie der Arbeiter heruntergewirtschaftet ist und fast auf alles, was das Leben froh und lebenswert macht, verzichten muß, ist ein schwacher Bundesgenosse für große nationale Ideen. Wir wenden uns ganz natürlich an die, die mehr haben und noch auf manches verzichten können und verlangen von denen einen Beweis ihrer väterländischen Pflicht für das deutsche Volk und die notleidende Arbeiterschaft. Die Unternehmer im graphischen Gewerbe können sich dabei auf die bei ihnen beschäftigten Arbeiter beschränken.

Es wäre aber ungerecht, würden wir nur die Unternehmer eines Gewerbes herausgreifen, sie sind in ihrer Gesamtheit zu eingestellt, im Bunde mit der Arbeiterschaft Deutschlands Wirtschaft in der Weise wieder aufzurichten, daß die Arbeiter hauptsächlich die Kosten tragen und die Opfer bringen. Vor einiger Zeit wurde in der „Sozialen Praxis“ auf die Aufgabe der Preisunterbietung im Auslande durch die deutsche Industrie hingewiesen, die nach Meinung der Ausländer nur möglich ist durch die Niedrighaltung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Der Abbau der sozialistischen Erzeugnisse machte solche Preise nur möglich, die lange nicht auf der Höhe sind und sich mit der vervollkommenen Technik der ausländischen Industrie nicht messen können. Führende Herren der deutschen Industrie haben sich in langen Artikeln gegen die von Dr. Frieda Wunderlich vertretene Ansicht gewandt und besürchten, daß durch deutsche Feststellungen von der technischen Mangelhaftigkeit des deutschen Apparates das Vertrauen zu unseren Erzeugnissen im Auslande verloren gehe. Ebenfalls dürfe man den anderen Grund, daß unsere Industrie nur durch Ausbeutung des deutschen Arbeiters mit dem Auslande konkurrenzfähig sei, nicht gelten und laut werden lassen. Weltermaßnahmen gegen deutsches Fabrikat und Ausschaltung vom Weltmarkt wären die Folgen solcher Feststellungen. Also dürfe man von diesen Dingen nicht reden, wenn man nicht als Deutscher sein Vaterland herabsehen wolle. Hier haben wir wieder die sehr bequeme Art, den deutschen Arbeiter, will er nicht als Schädling seines Vaterlandes gelten, zum Schweigen zu bringen.

Für uns ist die Frage des sozialen Dumpings, wie diese Art der Preisgestaltung für den Auslandsmarkt genannt wird, nicht das Entscheidende. Dagegen muß nach Clemens Rörpel, dessen Ausführungen im „Börsenkurier“ nachstehend wiedergegeben sind, über die technische, organisatorische und kalkulatorische Gestaltung der deutschen Produktion noch viel mehr als bisher gesprochen werden. Vorweg sei einmal die Frage aufgeworfen, was ist auf Arbeitgeberseite geschehen, um die Wirtschaft zum höchsten Grade der Leistungsfähigkeit zu bringen. Wo ist das Heer arbeitsloser Unternehmer? Denn daß eine große Zahl von Kriegs- und Nachkriegsgewinn-Unternehmern heute überflüssig sind, darüber ist doch kein Zweifel. Zweiteils, welche technisch nicht leistungsfähigen Betriebe sind ausgemerzt? Auch hier ist doch nicht zweifelhaft, daß es solche in großer Zahl gibt. Drittens, ist Vorfrage getroffen, daß nicht durch eine Kartellpolitik jede gesunde Konkurrenz ausgeschaltet wird? Viertens, sind alle Kalkulationen unter Ausnutzung aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten so erfolgt, daß bei niedriger Gewinnspanne jede lebensnotwendige Ware für den Massenbedarf zum denkbar billigsten Preise geliefert werden kann? Fünftens, sind alle Vorteile einer möglichen Normung und Typifizierung ausgenutzt?

Die Unternehmer mögen sich einmal weniger um das Wohl des Vaterlandes und die Volksgemeinschaft mit den Arbeitnehmern kümmern und sich endlich ernsthaft mit der Beantwortung der vorstehenden fünf Fragen beschäftigen. Hier hilft dann allerdings kein Mundspinnen mehr, hier muß gepflänzt werden. Alle Unterlagen sind offen zu legen, damit sie unbeeinträchtigt geprüft werden können. Die Arbeitgeber-syndikate sollen dadurch nicht mit noch mehr Arbeit überbürdet werden, im Gegenteil, auf ihre Mitwirkung wird im Interesse des Vaterlandes ganz verzichtet. Gerade die Syndikate sind

es ja, welche immer die Meinung vertreten, daß die Arbeitnehmer von ihren Gewerkschaftssekretären verhehrt würden, daß sich betriebsfremde Personen zwischen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer mischen. Das ist durchaus unzutreffend, denn die Gewerkschaftssekretäre sind aus der Arbeiterschaft herausgewachsen und haben meist eine sehr große praktische Erfahrung. In vollkommenem Gegensatz hierzu sind die Syndikate in der Mehrzahl Rechtsanwältinnen und vielfach noch jung an Jahren, verstehen von der Wirtschaft recht wenig und haben sie zu einer Unterabteilung der Rechtswissenschaft gemacht. Also die Wahrheit wäre in diesem Falle nur ohne die Syndikate zu ergründen. Lebensfalls ist es die dringendste Aufgabe der Unternehmer, unter sich selbst nach dem Rechten zu sehen.

Eine Wirtschaft ist auf die Dauer unmöglich, wenn sie sich nur auf den Export einstellen will. Das Wichtigste ist die Befriedigung des Inlandbedarfes. Lebensmittel, Wäsche, Kleider, Schuhe, Möbel usw. werden von den deutschen Arbeitnehmern in ungeheuren Mengen dringend gebraucht. Trotzdem haben wir Millionen Arbeitslose. Die Inlandpreise sind fast durchwegs höher als in der Vorkriegszeit. Die Löhne dagegen sind nominell quantitativfalls so hoch wie in der Zeit vor dem Kriege, die Kaufkraft ist aber in allen Fällen erheblich geringer. Aus diesen Zuständen ergibt sich nicht nur eine Drosselung des Inlandmarktes, sondern auch eine Erschöpfung der Arbeitskraft durch Sorge, Not und Unterernährung und hieraus wiederum auch eine Erschöpfung des Exportes.

Wenn nun also auch unerörtert bleiben kann, ob es ein soziales Dumping gibt, eine soziale Reaktion gibt es unter allen Umständen, und deren Urheber sind ebenso unbestreitbar die Unternehmer. Es ist ebenso einfach als geistlos, den Begriff „Erhöhung der Produktion“ gleichzusetzen mit Verlängerung der Arbeitszeit und Niedrighaltung der Löhne. Der Kampf gegen den Zwangsstarif ist für die Unternehmer weiter nichts als der Kampf gegen den Tarifvertrag überhaupt und damit wiederum der Kampf gegen die Gewerkschaften. Da aber die Gewerkschaften nichts Abstraktes, sondern die von den Arbeitnehmern geschaffenen Vertretungen der Arbeitnehmer sind, ergibt sich hieraus der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitnehmer. Mit der Produktivität der Wirtschaft hat das aber ganz bestimmt nichts mehr zu tun. Deshalb ist es scheinheilig, wenn die Unternehmer dabei auch von der falschen Klassenkampfeinstellung der Arbeitnehmer reden. Nicht die Unternehmer, sondern Mittelstand und Arbeitnehmer haben in der Zeit der Inflation ungeheure Opfer gebracht. Nicht nur die Ersparnisse dieser Schichten sind dabei restlos verloren gegangen, sondern auch Hausrat, Wäsche usw. mußten geopfert werden. Jetzt wagen es die Unternehmer, bevor sie in ihren eigenen Reihen Ordnung geschaffen haben, von Opfern zu reden, welche „auch“ die Arbeitnehmer bringen müssen.

Was in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ und in der Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Reichstag von den Unternehmern alles behauptet worden ist, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Es kommt vielmehr auf die Beantwortung der aufgestellten fünf Fragen durch die Unternehmer an. Es soll nicht behauptet werden, daß alle Äußerungen der Unternehmer nur Redensarten zur Verhüllung der Wahrheit sind. Eines aber ist sicher, daß die Behauptungen der Unternehmer geistig so tieffliegend sind, daß die Unterstellung eine Belächelung wäre, die Unternehmer würden diesen Unsinn selbst glauben. Aber sehr viele Ausführungen insbesondere durch die Syndikate werden nun gemacht, um damit auf die „dumme Masse“ zu wirken.

Nur an einem Beispiel sei nachgewiesen, mit welchen „Argumenten“ die Unternehmer durch die Syndikate heute noch arbeiten. Vor den Arbeitgeberverbänden Veltner und Ungerend, Weltmann-Wilfrath und Kreis Weltmann an der Syndikats Rechtsanwältin Dr. Rentner-Eberfeld einen Vortrag gehalten. Dieser Vortrag ist gedruckt erschienen und hiernach hat der Herr Syndikus u. a. ausgeführt:

„Und so vermögen wir dann zunächst, daß als Gegenmaßnahme gegen den Ruhekampf nicht unbedarbtig ausgeräumt wurde mit dem Nachkundentag.“ „Es konnte mehr produziert werden, es konnte mehr exportiert werden und der Staat bekam Geld herein, um die Ruhekämpfer unterstützen zu können.“ „Der unheilvolle Einfluß der Gewerkschaften war es, der den Ruhekampf ebenfalls beigetragen hat zusammenbrechen lassen.“ „Zur Rettung des Sozialismus mußte der Kampf im Jahre 1918, der allen menschlichen Ermessen nach trotz aller feindlichen Anstrengungen vielleicht noch ein Siegkampf gewesen wäre, zum mindesten aber ein Remis geworden wäre, verloren werden.“ „Kein weiterer Abschluß von Rahmentarifen. Wenn die Zeit, die Lohnregelungen einseitig über im Betriebe durch betriebliche Vereinbarungen zu lösen, noch nicht gekommen sein sollte — es kam vielleicht noch nicht soweit sein — dann sollte die Unternehmerwirtschaft m. E. sich doch mit allen Machtmitteln dagegen wehren, daß weitere Rahmentarife abgeschlossen werden. Die meisten Bestimmungen, die die Rahmentarife enthalten, sind, wenn wir wieder hochkommen wollen, für

die Wirtschaft nicht tragbar.“ „An der Spitze unserer Tätigkeit auf diesem Gebiet muß programmatisch verwertet und durchgeführt werden der Gedanke der Wertgemeinschaft.“ „Nicht einmal Abschaffung der Betriebsräte, aber Abschaffung der gewählten Betriebsräte und Ersatz durch ernannte Betriebsräte, nicht durch Zufallsmajorität radikaler Belegschaften gewählte Betriebsräte, sondern Betriebsräte, Arbeiterausschüsse, deren Zugehörigkeit auf einem besonderen Vertrauen des Arbeitgebers beruht.“

Es ist wirklich nicht möglich, zu diesen „wissenschaftlichen“ Ausführungen Stellung zu nehmen, und es hieße die Unternehmer beleidigen, wenn man glauben würde, daß sie diese Weisheiten für bare Münze nehmen. Der Zweck dieser von den Unternehmern ja allgemein gelübten Methode ist, die Arbeitnehmer dumm zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist aber noch ein weiteres nötig, was der gelehrte Herr Syndikus in die lateinischen Worte faßt: „Ceterum censeo Societates esse delendas.“ (Die Gewerkschaften müssen zerstört werden.)

Aus einem anderen Boche preist der Syndikus des Arbeitgeberverbandes in Minden, W. Debus, in einem Artikel „Reherei“ in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. D diesem Herrn sind die Redensarten seiner Unternehmern von „Vaterland“, „Wohl der Allgemeinheit“, Festhalten der „Mark“, „Volksgemeinschaft“ usw. auf die Nerven gefallen. Er erinnert seine Unternehmer daran, daß sie im November 1918 aus Angst den Nachkundentag bewilligt hätten, und zwar aus Angst um ihren Profit. Deshalb dürfen die Unternehmer jetzt nicht von hohen Grundlöhnen reden, sondern sie müßten ihre Grundlöhne durchhalten, auch wenn der Profit darunter leidet. Das ist der Sinn dieser sehr vorsichtigen Äußerung.

So oder so, der Effekt ist stets, die Arbeitnehmer niederzuzuhalten und den Profit zu erhöhen. Es würde den Unternehmern nicht schlecht anstehen, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben würden. Aber das ist vielleicht zuviel verlangt von einer Klasse, die nicht, wie die Arbeitnehmer 1918, im Vollbesitz der Macht im Interesse der Allgemeinheit, und des Staates auf deren rückfällige Ausnutzung verzichten wollen. Deshalb ist aber auch das Gerede von der Volksgemeinschaft der Unternehmer und der Arbeitnehmer nichts als Schwindel. Man mag es bedauern oder nicht, hier gibt es nur den Kampf. Die Arbeitnehmer müssen mit Hilfe starker Gewerkschaften die soziale Reaktion überwinden.

Zum Tarifablauf.

In der vorliegenden Nummer der „Solidarität“ wurde der Kollegenschaft mitgeteilt, daß unser Verbandsvorstand den zum 31. Mai d. J. ablaufenden Reichshilfsarbeitertarif gestündigt hat. Von den meisten Kollegen ist dieser Schritt als eine Selbstverständlichkeit betrachtet worden. Der Verbandsvorstand ist aber tatsächlich nicht nur einem inneren Zwang gefolgt, als er den Tarif aufkündigte, sondern es ist eine zwangsständige Tat, die seit dem Abschluß des Reichshilfsarbeitertarifs im Februar 1923 ist, alle Räder beschäftigte und zur Entlastung der Gemüter der Gesamtkollegenschaft herbeigeführt werden mußte, um auch in wirtschaftspolitisch verworrenen Zeit, in der nur klare Erkenntnisse, Überlegung und Schlußfolgerung herrschen können, dem Willen der Gesamtkollegenschaft Rechnung zu tragen und denselben demnach in Einklang zu bringen mit den Vätern der Wirtschaft und den Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen. Möge der Zeit waren es, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren bis zum Maßbrot brachten. Möge der Zeit waren es, die der Arbeiterschaft den physischen Kern raubten, ihre Lebenslage bald auf den Stand schreiender Kulis herabgebrückt hatten. Möge der Zeit sind es gewesen, die die Kollegenschaft zur Annahme des letzten Reichshilfsarbeitertarifs zwang. Die Zeit der Not, der gemeinschaftlichen Not der Gesamtkollegenschaft des Gewerbes, ist, die heut zur Offensive drängt, und die gesamte Hilfsarbeiterschaft ist es, die heute ihren Führern ein „ad arma“ und sich selbst ein „ad loca“ ruft. Nicht instinktiv geborene Lüste der Gewerkschaftsführer sind die Urheber der Störung des sogenannten gewerblichen Friedens, sondern der Kriegszustand, in den die Prinzipale durch ihre Tarif- und Lohnpolitik das Gewerbe verkehrt haben, dieser Kriegszustand ist es, der die Hilfsarbeiterschaft ermannet, dieses Joch zu sprengen, um sich vor weiterer Blockade zu schützen, um des Lebens Notwendigkeiten wenigstens zum Teil zu befriedigen und um ihr futurales Niveau vom Stande eines Kulis wieder zu dem eines Mitteleuropäers herauszuheben. Die Mission vom gewerblichen Frieden ist wohl aus alter Rasse längst verschwunden. Die Einstellung der Prinzipalität führt nicht zum Frieden, sondern verkehrt das Gewerbe von Tarifabschluß zu Tarifabschluß in immer neue Kämpfe, in neue Erschütterungen. Getreu dem Vorbild ihrer gewerkschaftlichen Klassenossen sprechen die Prinzipale mit dem Feind; sie gehen einen eigenartigen Weg, um den Frieden im Gewerbe heraufzustoßen. Wir

wissen, daß der gewerbliche Frieden dann erst endgültig ein-
gelehen wird, wenn die Macht der Prinzipale endgültig ge-
brochen ist. Jede Tarifierzeit ist nur ein Waffenstillstand,
während welchem in beiden Lagern ein Weirüsten sich voll-
zieht, um wochgewappnet den Kampf aufnehmen zu können.
Die Zeit des letzten Waffenstillstands ist bald vorbei
und Ende des Monats werden erneut die Waffen getreut
werden und die Machtverhältnisse werden die Entscheidung
fällen, da unsere einmütigen auf den Verständigungswillen der
Prinzipalität gegesteten Hoffnungen getrogen haben. Geistliche
Intoleranz und Unternehmerrage sind die Erfahrungen,
die uns von den letzten Verhandlungen noch in Erinnerung
sind, die den Weg weisen, der von der Prinzipalsorgani-
sation beschritten werden ist. Wenn die gleiche Einstellung
auf Arbeitnehmerseite zeigt, wird es hoffentlich die
Prinzipale nicht unternehmen. Der Wille zur Kündigung
des Tarifs ist durch den Verhalten der Prinzipale in
der letzten Zeit gestärkt worden und entschlossen zum Kampf
ist der einzelne und die Masse.

Es ist noch einmal notwendig, uns die Verschlechterun-
gen, die durch den letzten Tarifabschluß entstanden sind, an-
zusehen. In dem Vordergrund stand bei den Verhandlungen
die Arbeitszeitfrage und die Entlohnung. Auf Grund der
Arbeitszeitordnung wurde eine Vereinbarung getroffen,
die uns die 55stündige Arbeitswoche brachte, unter Bezahlung
der über 48 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit mit 1/4
des Wochenlohnes. Das Abkommen über die Entlohnung
zeigte für die Hilfsarbeiter bis zu 24 Jahren einen Absch-
lag von 10 Proz. des Lohnes der entsprechenden Gehaltsklasse,
und für Hilfsarbeiter über 24 Jahre einen Abschlag von
5 Proz. Am schlechtesten schieden unsere Kollegen ab,
bei denen die Prozentsätze von 65 Proz. auf 55 Proz. und
von 57 1/2 Proz. auf 45 Proz. herabgesetzt wurden. Die
Ferien wurden verkürzt von 8 und 10 Tagen auf 4, 6 und
10 Tage. Auch hier ist eine bedeutende Verschlechterung
zu verzeichnen, da nur Großstädte für den 10-Tageurlaub in
Frage kommen. Dieses sind die wichtigsten Veränderungen
vom Tarifabschluß des Februar. Unter dem Druck der
damaligen Wirtschaftskrise wurde dieser Abschluß von der
Hilfsarbeiterchaft hingenommen.

Es kann für uns nicht zweifelhaft sein, daß unsere For-
derung zur Erneuerung des Reichstags nicht nur lauten,
den Vorfebruarzustand wiederherzustellen, sondern darüber
hinaus, hauptsächlich in der Lohnfrage eine Aufbesserung
zu erreichen. Die Arbeitszeitfrage wird jedoch auch in den
neuen Verhandlungen der beikunftsfristige Punkt werden.
Das Reichsarbeitsministerium fällt damals den Spruch mit
der Begründung der „Not des Gewerbes“, zu deren Hebung
oder Vinderung die Arbeitszeitverlängerung notwendig ist.
Dieser Spruch erscheint uns heute, und die Erfahrungen be-
stätigen es, als ein Fehlspruch des Arbeitsministeriums und
ein Wackelpfeiler der Prinzipale. Von solcher Not im Ge-
werbe, wie sie uns die Prinzipale dauernd vorgaukelt,
kann keine Rede sein. Schon etliche Wochen nach dem
Spruch war von einer Not im Gewerbe nichts mehr zu
spüren, im Gegenteil, eine sehr gute Konjunktur setzte ein.
Diese Änderung der Wirtschaftslage nicht gewünscht bzw.
nicht vorausgesehen zu haben, sind die Prinzipale und ihre
juristischen Berater wohl nicht in der Lage zu beweisen. Die
Erhöhung der Produktionskosten dürfte wohl auf etwas
anderes zurückzuführen sein als auf den Wackelpfeiler,
wohl dadurch erwiesen ist, daß sich die Produktionskosten
trotz Verlängerung der Arbeitszeit bis heute noch nicht
ermäßigt haben. Die Lösung dürfte wohl bei genauer Nach-
rechnung der Untkosten bei der Restauration zu finden
sein, und ein Vergleich der modernsten Druckereien und der
Arbeitsweise und technischen Einrichtungen derselben mit dem
größten Teil der anderen deutschen Druckereien dürfte wohl
das Rätsel endgültig lösen. Die Zahl der Arbeitslosen ist
trotz Hochkonjunktur noch groß, und ihre Einreihung in den
Produktionsprozess ist ferner unsere Aufgabe, im Interesse
der Volkswirtschaft. Die Herabsetzung der Prozenzätze
wurde nur erreicht durch die brutale Einstellung der Prinzipale.
Der schwer um ihre Existenz ringenden Kollegenchaft
wurde der Fuß in den Rücken gesetzt, und dem Machtdiktat
der Prinzipale sich beugend, mußte sich die Kollegenchaft die
Lohnherabsetzung, oder wie es der „Korrespondent“ besser

bezeichnet, diese Leichenschledder gefallen lassen. Eine Er-
höhung der Prozenzätze, insbesondere die der weiblichen
Kollegenchaft, ist darum unausbleiblich. Diese Punkte, die
Ferienfrage noch hinzugezogen, sind die Hauptforderungen,
die wir zu stellen haben. Unsere Vertreter werden schon in
emfiger Arbeit die aus vielen Resolutionen und Anträgen
entnommenen Wünsche der Kollegenchaft formulieren und
danach die Anträge gestellt haben.

Auch diesmal wird es bei den Verhandlungen die Ver-
längerung des Arbeitszeitabkommens der beikunftsfristige
Punkt sein. Sie wird jedoch auf entschiedenen Widerstand
stoßen, da heute keine Begründung für sie vorhanden
ist. Not oder Rückgang der Konjunktur im Gewerbe läßt
sich bis heute nicht feststellen, und volkswirtschaftliche Gründe
dafür liegen ebenfalls nicht vor. Es sind einzig und allein
privatkapitalistische Gründe, die eine verlängerte Ausbeutung
des Arbeiters wünschenswert erscheinen lassen. Es wird in
Prinzipalstreifen jetzt viel von Rückgang der Konjunktur
gesagt. Auf dem Büchermarkt sowohl wie im Zeitungs-
wesen ist eine dauernde Steigerung der Konjunktur wahr-
zunehmen. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß diese Kon-
junktur sich noch weiter steigert, je mehr die Wirtschaftskrise
sich hebt. Die bisherige Steigerung der Tätigkeit der Ge-
samtwirtschaft hat allenthalben eine Steigerung der Nach-
frage nach Produkten zur Folge. Auch das graphische Ge-
werbe ist hieron nicht ausgenommen. Neben der Arbeits-
zeitfrage wird die Lohnfrage eine Hauptrolle spielen. Ueber
diese Forderung ein Wort zu verlieren erübrigt sich, der
Lebensstandard der Bevölkerung bemisst die Notwendigkeit
von Lohnherhöhungen, und überdies hat der Aprilkampf ge-
zeigt, wie die Hilfsarbeiterchaft über diese Frage denkt, und
daß sie keineswegs geneigt ist, sich mit Drohsamen abgeben
zu lassen.

Es wird kaum anzunehmen sein, daß die Unternehmer
ohne Zwang auf diese Abänderungen eingehen. Der im April
ausgebrochene Lohnkampf bewies mit Deutlichkeit die star-
köpfige Haltung der Prinzipalität. Wir als Hilfsarbeiter
wünschten nichts sehnlicher, als auf dem Verständigungsweg
zu einem Resultat zu gelangen. Die Meinung der Unter-
nehmer, die Kollegen treten mit Freuden in den Kampf, ist
höchstens von ihrer Einstellung abzuholen. Noch ist uns
der Streik ein zu heiliges Mittel, um es bei jeder Verhand-
lung anzuwenden. Nur unbedingtem Starfm der Unter-
nehmer oder äußerster Notwehr hat die Arbeiterchaft des
graphischen Gewerbes bis jetzt dazu gezwungen, von dieser
Waffe Gebrauch zu machen. Bis heute sind alle Notlagen
des Gewerbes und der Gesamtwirtschaft von der Arbeiter-
chaft gewertet und berücksichtigt worden. Heute liegt keine
Ursache vor, die Berücksichtigung erheischen könnte. Darum
ist die Hilfsarbeiterchaft gewillt, für ihre Forderungen zu
streiken. Die Wirtschaftslage Deutschlands hat sich bedeutend
zugunsten der Arbeiterchaft geändert. Die Erhebung der
Reparationsfrage, die bei allen Verhandlungen eine Rolle
spielt, ist durch das Sachverständigengutachten in greifbare
Nähe gerückt, und durch den Ausgang der französischen
Wahlen ist, bis auf die Deutschnationalen, die letzte Gefahr
beseitigt. Auch die Notlage der deutschen Wirtschaft ist nicht
mehr von entscheidender Bedeutung. Eine Beteiligung der
Kriegsgefahr ist jedoch nur möglich, wenn auch die Arbeiter-
schaft aus ihrer Krisenlage befreit wird, denn nur in einem
gesunden Volk ist eine gesunde Volkswirtschaft möglich. Die
Unternehmer wollen jedoch auch weiterhin die Entkultivierung
des Proletariats. Kämpfend wird es sich jedoch den Weg zur
Gesundung bahnen. Die Zeit ist günstig für die Offenheit,
denn die Macht der Gewerkschaft ist abhängig von den
jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese bedingen die
Machtverhältnisse. Die Verschlebung der Machtverhältnisse
der Klassen hat Schritt gehalten mit der Änderung der Wirt-
schaftslage. Eine Erkenntnis der geänderten Verhältnisse ist
bei den Unternehmern jedoch nicht zu erwarten, und die
Arbeiterchaft muß sie im Zwang zur Erkenntnis und Um-
änderung bringen. Die Arbeiterchaft hat die Depression
überwunden. Kampfeswille, Kampfesfreudigkeit und Kampfes-
notwendigkeit sind vorhanden. Auch die Gewerkschaften haben
die Krise überstanden. Die Einigkeit und Geschlossenheit des
graphischen Gewerbes ist besser denn je. Rücken ist das
Vertrauen zu den Führern und kündenlos das Vertrauen zum

Sieg, den innere Notwendigkeit erzeugt. Nicht Konjunktur-
politiker, nicht Leichenschledder sind die Arbeiter des graphi-
schen Gewerbes, sondern Vertreter der notdürftigsten For-
derungen einer ausgehungerten und ausgeemterten Arbeiter-
schaft. Der Staat, dessen Einstellung zur Arbeiterchaft sich
durch die letzten Schiedssprüche des Arbeitsministeriums
offenbart hat, ist nur Willensvollstrecker der jeweiligen
Machtverhältnisse. Auch seine Einstellung muß im Falle
eines Eingreifens in die Tarifverhandlungen eine andere
sein als bei den letzten Lohnverhandlungen. Genau wie die
Industrie ihre Macht, ihre außerparlamentarische Macht, auf
den Staat einwirkt, wird auch die außerparlamentarische
Macht der Arbeiter die Instanzen zwingen, ihren
Forderungen Rechnung zu tragen. Wird jedoch die Hilfs-
arbeiterchaft gezwungen, den Kampf aufzunehmen, dann
ohne Zaudern und Sträuben. Mit ihr ist dann die Not-
wendigkeit des Kampfes, mit ihr das Bewußtsein, für eine
gerechte Sache zu kämpfen, und darum ist auch mit ihr der
Erfolg. S. Kl., Berlin.

Arbeitszeit und Produktionssteigerung.

Wird in einem Lande die Arbeitszeit vergrößert, so er-
scheinen alsbald Veröffentlichungen in der kapitalistischen
Presse, die von einem verhängnisvollen Rückgang der Pro-
duktion zu berichten wissen. Wird aber die Arbeitszeit
wieder verlängert, so kommen sofort — noch vor Ablauf
einer für Vergleichszwecke ausreichenden Zeitperiode —
Berichte über erfolgte Ertragssteigerung als Folge der ver-
längerten Arbeitszeit. Statistische Unterlagen — Zahlen
machen immer Eindruck — fehlen in beiden Fällen nicht. In
der vom Internationalen Arbeitsamt vor kurzem veröffent-
lichten Untersuchung über die Produktion — eine Arbeit von
höchstem wissenschaftlichen Wert — wurde bereits die voll-
kommene Ungültigkeit und Unrichtigkeit dieser Sta-
tistiken bewiesen. Wir möchten nun auf eine jüngst er-
schienene wissenschaftliche Arbeit hinweisen, auf die Arbeit
des Direktors des Instituts für angewandte Psychologie in
Berlin, Otto Lippmann, auf seine umfassenden Darstellungen
über das Verhältnis der Arbeitszeit zur Produktions-
steigerung. Sein vor kurzem unter dem Titel: „Das Ar-
beitszeitproblem“ erschienenes Buch behandelt auf Grund
von ungefähr 400 einschlägigen Arbeiten die Fragen der
Arbeitszeit. Im Aprilheft der „Revue internationale du
Travail“ beleuchtet aber dieser Gelehrte die Frage von einer
Seite, die für uns gegenwärtig ganz besonders wichtig ist.
Er schaltet nämlich absichtlich die Wirkungen der Arbeitszeit-
verlängerung auf die Gesundheit und auf das Wohlergehen
des Arbeiter, also die hygienischen und sozialen Gesichts-
punkte von der Betrachtung aus und fragt ausschließlich
nach der Wirkung der Arbeitszeit auf den Produktions-
ertrag. Bei dieser Betrachtung kommt zum Beispiel die Er-
müdung nur in Frage, wenn sie zur Verminderung des
Produktionsertrages führt, nicht aber dann schon, wenn sie
sich in vermehrten Unfällen, Krankheiten und Sterblichkeit
auswirkt. Da gegenwärtig alles nach Steigerung der Pro-
duktion schreit, ist diese Art der Fragestellung besonders
fruchtbar. Lippmanns Arbeit bringt ein außerordentlich
großes und wertvolles Material und wir können nur be-
dauern, daß uns der enge Raum verbietet, mehr als die
Grundzüge daraus wiederzugeben.

Die vernichtende Kritik des Internationalen Arbeits-
amtes über die bisherigen statistischen Veröffentlichungen in
bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Pro-
duktionsertrag wird auch in Lippmanns Arbeit vollaus be-
stätigt. Die vor dem Krieg erschienenen Statistiken pflegten
von der Verlängerung der Arbeitszeit in der Regel nur Gutes
zu berichten. Damals war die Forderung nach Steigerung
der Produktion noch nicht so wichtig wie heute und deshalb
waren die Unternehmer weniger besorgt als gegenwärtig,
wo sie unter der Suggestion stehen, daß die Produktion nur
durch Arbeitszeitverlängerung vermehrt werden kann und
deshalb ihre Statistiken schon von vornherein darauf ein-
gestellt sind. Auch steht der Unternehmer unter der Wirkung
des Aberglaubens, daß bei einer Arbeitszeitverlängerung die
Maschinen nicht genug ausgenutzt werden können. Dabei
vergibt er, daß eine Anzahl von Betriebsausgaben, Hei-
zung, Beleuchtung, Kraftaufwand, zum Teil auch Löhne bei

Die Rache des Anders.

Die Frau des Dalar stand an einer Straßepumpe in
einer der Eingeborenenstraßen von Bomban. Sie drehte
den Hahn auf und hielt den Kopf ihres sechsjährigen Knaben
darunter und wusch ihm mit den Händen.

Es ist morgens sieben Uhr, und die Straße wimmelt
von Andern, die wie nackte Rüssel Rotwid aneinander vorbeieilen.
Ziegenherden und Scharen von Truhlführern treiben
neben zweirädrigen hohen Kaffarkarren über das Pflaster.
Ander sitzen am Trottoirrand, lassen sich rasieren, ihre
Ohren reinigen und ihren Leib massieren. Die Straßen-
freskure, mit dem Toilettenwerkzeug im Gürtel und bis auf
Gürtel und Turban unbekleidet, hocken neben ihrer Kund-
schaft am Trottoirrande.

Die Frau des Dalar hatte ihrem Knaben das schwarze
Haar blank gestrichen, daß sein Kopf wie der Lackfuß eines
Europäers glänzte. Sie öffnete jetzt ihr eigenes Haar und
hielt ihren Kopf unter die Straßepumpe; sie ließ den
Wasserstrahl wie einen Glastrofen aufschlagen, und das
Wasser zerplachte weit im Kreis.

Ein Zebubal, ein wilder Hund und ein paar Truh-
führer, die sich um die Pumpe tummelten, kamen herbei
und schlürften die Wassertröpfchen auf.

Die zwei indischen Arbeiter in Dalors offener Schneide-
bude, die Turbanbänder und Schleier auf englischen Näh-
maschinen säumten, lachten über den sprühenden Wasser-
strahl, und Olman, der eine der Gehilfen, rief der Frau
des Dalar den Brahmanenspruch zu: „Gida, nimm dein
Haupt in acht, daß es nicht zu Wasser wird unter der
Quelle.“

Gida, die Frau des Dalar, antwortete ihm nicht.

Sie schickte aber, als sie ihr schwarzes Haar ausrang
und sich aufrecht, mit der Wimper zuckend den Knaben zu
dem, der gekropfen hatte. Olman legte seine Hand eine
Sekunde auf das frische schwarze Haar des Knaben, mur-
melte ein Gebet über ihn und ließ ihn wieder gehen. Dann
beugte er sich bemüht und schen über seine Nähmaschine,
ließ Del aus der Kanne in die Räder tropfen und nägte
weiter.

Jedesmal, wenn die Frau ihr Haar an der Pumpe vor
dem Baden ihres Mannes wusch, geschah es, daß sie das
Kind zu Olman schickte und dieser ein Gebet über den Knaben
sprach; das geschah jeden Morgen, seitdem der Knabe
laufen konnte. Niemand auf der Straße dachte darüber
nach, warum Olman den Knaben jeden Morgen segnete.
Aber Dalar, der Besitzer der Nähmaschinen, sah jetzt tagelang
drüben beim Silberhändler an der Ecke und dachte nach. Er
ließ seine Wasserperle oft ausgehen, zündete sie wieder an
und dachte weiter. Dalar konnte quer über das Gewühl
der Zebubarren und über das Gerenne des Balavolls und
heimlich über die Schulter seines Freundes, des Silber-
händlers, hinweg seinen Laden beobachten, seine Näh-
maschinen, sein Weib an der Pumpe, den Knaben und
Olman.

An diesem Morgen, als die Frau mit dem Kind ins
Haus gegangen war, wusch sich Dalar mit der Handfläche
den Scheitel von der Stirne, stand auf, schlüpfte mit den
Füßen in seine Pantoffel und ging, finstern in Gedanken,
fort in das Straßengewühl. Im Geschäftsbetriebe be-
merkte niemand bei dem Silberhändler, daß Dalar ver-
schwand. Dalar ging, bis er in eine Gasse vor eine Zelt-
bude kam.

Vor dem Zeltvorhang saß die rächende Göttin Kali,
die Vielarmige, aus Holz geschnitten. Drinnen im Zelt sind
die rächenden Tobesgötter der Ader aufgestellt, die bei Pro-
zessionen an Festtagen durch die Straßen getragen werden.
Vor dem Zeltvorhang neben der Göttin steht ein großer
Biedkoben aus Opferkorn. Dalar warf ein Silberstück
hinein und wünschte sich einen rächenden Gedanken. Er
starrte dabei finstern auf die hölzerne schwarze Gestalt der
Göttin Kali, die auf einem zitronengelben Tiger sitzt,
dem statt Menschenblut rote Desfabe um das Maul gemalt
ist. Die vielen schwarzen Arme der Göttin schwingen ver-
giftete Dolche, vergiftete Säbel und vergiftete Speere; sie
hält ein ganzes Arsenal blühender Waffen in die Luft. Alles
Straßengewühl geht grüßend an ihr vorüber, und aller Wüde
Augen blicken für eine Sekunde beim Gruß wie Raketen in
der Nacht. Dalar verbeugte sich dreimal und flüchtete in die
Hände, um die Aufmerksamkeit der schwarzen Göttin zu er-
wecken. Daß ihm sein Weib Gida mit Olman betrogen

hatte, wußte er jetzt, denn er sah es deutlich an dem Rinde,
das Olman täglich ähnlicher wurde. Heute hatte er endlich
beschlossen, sich an Gida zu rächen.

Dalar trat in die staubige Tempelbude, um sich einen
Tod für sein Weib auszuwählen.

Lange Reihen hölzerner, rot, gelb und grün gemalter
Puppen standen drinnen unter dem grauen Zeltstoff auf
langen Tischchen. Da waren Menschen an Marterspähle ge-
bunden, mit brennenden Pfeilen gespickt; englische Soldaten,
die vom wütenden Elefantentot zerstampft wurden; die
Göttin Kali auf unzähligen Tigergestalten, auf roten und
schwarzen Tigern, Feuer und Pest darstellend; der blaue
Affenkopf, der die Menschenaugen irrsinnig macht mit seinen
Grimassen und Verzerrungen. Es wurden Menschen von
der Rachegöttin zu Tode gespickt, der Tiger hielt Ver-
zweiffelte in seinen Taten und riß ihnen die Gedärme aus
der Bauchhöhle. Der gelbe Tigertot hatte grüne Glas-
kugeln als Augen und echte, heilige, zornige Tigerkrallen.
Jede mögliche Folter und jeder schrecklichste Tod hatte sein
Bild hier. Um das vergossene Blut zu schützen, war an
den plastischen Figurengruppen nicht mit Scharlachfarbe,
Purpur und Rotel gehärtet worden.

Dalar grübelte. Seine Augen klebten an den rotemal-
ten Folterkugeln, als stünde er vor den Blumenbeeten in
den Gärten des Paradieses. Aber als er die langen Reihen
zweimal auf- und abgegangen war und alle Todesstrafen
am eigenen Leibe nachgeföhlt hatte, fand er unter allen
araufem Tobesarten keinen Tod grausam genug für sein
Weib. Nicht den roten Tod, das Feuer, das den Menschen zer-
nagen konnte; nicht den schwarzen Tod, die Pest, mit ihren
schwarzen Beuten; nicht den blauen Tod, den Wahnsinn,
mit seinen verzerrten Grimassen; nicht den gelben Tod, den
Tigerhunger, mit den eigenen Därmen im Maul; den Tod,
den Dalar für Gida suchte, fand er nicht unter den drei-
hundertsechzig Todesarten.

Wie von der Göttin getränkt, wollte Dalar schon die
graue Tempelbude verlassen. Da — unter dem Zeltaus-
gang, blieb sein Turban an einem rostigen Nagel hängen,
das Turbantuch schlüpfte auf, und Dalors ganzer Gebirgs-
den er, wie alle ärmeren Orientalen, stets in den Turban
gewickelt trug, rollte in hundert Silbermünzen über Schut-

Unterstützt die kämpfenden Bergarbeiter!

Arbeitszeitverkürzung entsprechend vermindert werden, und daher die Erhöhung des Stundenvertrages selbst bei einem Rückgang der Jahresproduktion für die Unternehmung rentabel sein kann. Auch ist die Maschine, selbst wenn sie bedient wird, nicht immer voll ausgenutzt. Die meisten statistischen Angaben stützen sich im übrigen nicht auf die Ergebnisse einzelner Unternehmungen, sondern auf ganze Industrien; sie enthalten zum Teil willkürliche Schätzungen der Unternehmer, die in der Regel weit übertrieben und nicht objektiv sind.

Der Grundgedanke Lippmanns ist aber der, daß das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Produktionsvermögen weder einfach noch unmittelbar ist. Wenn nach erfolgten Veränderungen der Arbeitszeit veränderte Produktionsverträge hervorgerufen, so brauchen diese beiden Erscheinungen nicht unmittelbar im Verhältnis von Ursache und Wirkung zu stehen. So hatten zum Beispiel nach erfolgter Arbeitszeitverkürzung einzelne Statistiken über eine Erhöhung des Ertrages um 12 bis 176 Proz., andere aber über eine Abnahme von 60 bis 70 Proz. berichtet. Derartige Widersprüche sind nur zu lösen, wenn wir berücksichtigen, daß andere Faktoren als die Arbeitszeit (oder in Verbindung mit der Arbeitszeit) ebenso oder in noch größerem Maße in die Waagschale fallen. Wir möchten hier schon die Schlüsselfolgerung vorwegnehmen. Die Steigerung der Produktion hängt weniger von der Arbeitszeit als von der Intensität der Arbeit ab.

Die Rolle der verschiedenen Umstände, die nach Lippmann den Produktionsvertrag beeinflussen, kann hier nur kurz behandelt werden. Eine nichtentsprechende Verteilung der Arbeitsstunden auf die ganze Arbeitszeit kann zum Beispiel die ganze Wirkung der Arbeitszeitverkürzung in Frage stellen. So konnten einzelne Unternehmer, die zugleich mit dem Achtstundentag auch eine zweifelhafte Mittagspause und Akkordarbeit einführen, den Stundenvertrag um 15 Proz. steigern, andere, wo gleichzeitig mit der Einführung des Achtstundentages die Mittagspause unterdrückt und die Akkordarbeit abgeschafft wurde, halten einen Rückgang des Stundenvertrages um 13 bis 14 Proz. zu verzeichnen.

Eine Anzahl Untersuchungen ergaben, daß nach Lohn-erhöhungen, welche eine bessere Ernährung der Arbeiter ermöglichen, auch der Produktionsvertrag sich bald erhöht hat. (Die Erhöhung der Produktion der deutschen Kohlengruben, die in den letzten zwei Monaten verzeichnet wurde, ist ebenfalls auf eine bessere Ernährung gegenüber den letzten Monaten des vorigen Jahres zurückzuführen. D. Red.) Max Weber zeigt, daß ein Arbeiter, der täglich 30 Gramm Alkohol genießt, 9 Stunden für eine Arbeit braucht, die er früher in 8 Stunden bewältigte. — Der Produktionsrückgang im Kohlenbergbau ist oft darauf zurückzuführen, daß die Bergwerksbesitzer infolge der Erhöhung der Rohstoffpreise auch die nichtergiebigen Schächte ausbeuten ließen. In Frankreich ging der Produktionsvertrag nach Einführung des Achtstundentages zwar zurück, was aber der gleichzeitigen Abschaffung der Akkordarbeit zuzuschreiben ist. Bei Transportunternehmungen, die bei kürzerer Arbeitszeit weniger leisteten als andere bei längerer Arbeitsdauer, haben die Untersuchungen ergeben, daß der Grund hierfür in den besonders schlechten Arbeitsverhältnissen lag. Die Beschaffenheit der Betriebsorganisation, die Ausrüstung mit Maschinen und Werkzeugen und die bessere Ausnutzung derselben beeinflussen den Produktionsvertrag wesentlich. Diese Umstände brauchen nicht besonders erwähnt zu werden. Die Beständigkeit der Arbeit ist beim Dreifächigkeitssystem viel besser gewährleistet als bei der antirengenden Zweifächigkeit, was dies des öfteren nachgewiesen wurde. Die Art, wie der Arbeiter seine freie Zeit außerhalb des Betriebes verwendet, beeinflusst ebenfalls seine Leistungsfähigkeit im Betrieb. Die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung für die Erhöhung der Produktion treten in der Regel nicht sehr schnell ein. Manchmal dauert es lange Zeit, bis die Arbeiter sich der neuen Arbeitszeitordnung angepaßt haben. Wenn die Arbeiter durch lange Arbeitszeit erschöpft sind, so wirkt dies sogar bei ihren Kindern nach und oft kann erst die darauffolgende Generation die volle Leistungsfähigkeit wiedergewinnen. Dagegen kann die Arbeitszeitverlängerung sofort Müdigkeitsercheinungen hervorrufen, die sich unmittelbar in der Verlangsamung der Arbeit und die damit verbundene Verminderung des Produktionsvertrages auswirken. Die industrielle Ermüdung beeinflusst ganz besonders die Leistungsfähigkeit. Die Arbeitsleistungen sind im übrigen auch nach Rasse, Nationalität und Alter recht verschieden und bedingen daher verschiedene Arbeitsverhältnisse. Zu diesem Punkt finden wir in Lippmanns Arbeit lehrreiche Aufschlüsse.

Die Vergleiche zwischen der Vorkriegs- und Nachkriegserzeugung sind aus dem Grunde schon unzuverlässig, weil sich die Arbeitsverhältnisse, abgesehen von der Arbeitszeit, erheblich verschlechtert haben. „Deshalb“, schreibt Lippmann, „beweist die Verminderung des Produktionsvertrages nach Einführung des Achtstundentages nach dem Krieg noch keineswegs, daß die Arbeitszeitverkürzung die Produktion ungünstig beeinflusst hat. Dagegen zeugt aber eine jede Vermehrung der Produktion für die günstige Wirkung des Achtstundentages“. In Deutschland waren die erwähnten Nachkriegsergebnisse besonders schwer und hatten aus den verschiedenen Gründen (Lippmann zählt fünf solcher auf) die Leistung herabgesetzt. Auch hatten die Arbeiter den Achtstundentag nach dem Krieg so aufgefaßt, daß er nicht notwendig mit einer Produktionssteigerung beziehungsweise der Erhaltung der Produktion auf dem alten Stand verknüpft zu sein braucht. Dies hat ihren Arbeitseifer, der doch ein sehr wichtiges Element im Arbeitsprozeß darstellt, vermindert. Auch geschah es vielfach, daß Arbeiter aus Furcht vor Arbeitslosigkeit langsamer arbeiteten. Dieser Arbeitseifer kann aber bei Beibehaltung des Achtstundentages — wenn der Arbeiter die Notwendigkeit der Produktionssteigerung einsieht — erhöht werden. Auf der anderen Seite nützt die Arbeitszeitverlängerung selbst in den wenigen Fällen, wo sie sonst von Vorteil sein könnte, nichts, wenn sie ohne Einwilligung der Arbeiter erfolgt und daher ihren Arbeitseifer vermindert. Lippmann meint, eine solche Arbeitszeitverlängerung hätte überhaupt keinen Wert.

Für eine Erhöhung der Produktion stellt Lippmann folgende Forderungen auf: 1. Der Arbeiter soll während seiner freien Zeit jede übermäßige Ermüdung, die seine bezahlte Arbeitsleistung beeinträchtigen könnte, vermeiden. 2. Er soll sich vernünftig ernähren und einen Bohn erhalten, der ihm dies möglich macht. 3. Er soll mehr Aufmerksamkeit, Arbeitswillen, Energie und Eifer entfalten, als in der Zeit, wo die länger ausgeübte Arbeitszeit eine solche Anspannung von ihm nicht erfordert. 4. Für die Lohnbestimmung muß ein wissenschaftliches System eingeführt werden. 5. Jeder soll in seinem eigenen wie auch im Interesse der Allgemeinheit an den rechten Platz gestellt werden, wo er sein Höchstmaß leisten kann. 6. Während der Arbeitszeit soll eine längere Arbeitspause eingeschoben werden, deren Dauer im Einklang mit den diesbezüglichen Forderungen der betriebspsychologischen Wissenschaft stehen soll. 7. Die Organisation der Unternehmung (Maschinen usw.) soll auf Grund der berufspsychologischen und -physiologischen Untersuchungen erfolgen. Werden diese Maßnahmen nicht durchgeführt, kann die Arbeitszeitverlängerung zu keiner Produktionsvermehrung führen, dagegen kann bei richtiger Durchführung dieser Forderungen der Arbeitsvertrag ohne Arbeitszeitverlängerung sehr erheblich gesteigert werden.

Frauen- und Kinderarbeit.

Der Internationale Gewerkschaftskongress in Rom 1922 hat den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beauftragt, der Organisation der weiblichen Arbeitskräfte in allen Ländern seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. In Ausführung dieses Beschlusses hat der Internationale Gewerkschaftsbund einen von der Sekretärin des Internationalen Arbeiterinnenbundes, Dr. Marion Phillips, zusammengestellten Bericht über die Frauen- und Kinderarbeit in der Textilindustrie als viertes Heft seiner Schriftenreihe veröffentlicht. Der Bericht ist über den Kreis der direkt beteiligten Arbeiterinnen hinaus von allgemeinem gewerkschaftlichem Interesse, weil die Arbeitsverhältnisse der Frauen und Kinder in anderen Industrien ähnliche oder die gleichen sind. Die harten Tatsachen, die er aus allen Ländern und allen Industrien zusammenträgt, sind Waffen im Kampf gegen die herrschende Reaktion, und seine begründeten Reformvorschlüsse enthalten wertvolles Material für zukünftige Forderungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Frauen- und Kinderarbeit. Wir sind, wenn auch weit vom Ziel, auf dem rechten Wege, auf dem freilich noch viele Hindernisse zu überwinden sind. Vor allem der interessierte Widerstand der Unternehmer, der die schönen Verprechungen des Friedensvertrages in den Wind schlägt; leider auch da und dort die noch mangelnde Erkenntnis ihres Interesses unter den Arbeitern. Die Beschlüsse von Washington 1919 bleiben in vielen Ländern tot Buchstabe, oder werden nur zögernd und nichts weniger als einheitlich durchgeführt.

Die wichtigsten Kapitel betreffen die Arbeitszeit von Frauen und Kindern sowie die Bedingungen der Zulassung der Kinder zur Fabrikarbeit. Sie beträgt gewöhnlich 48 Stunden die Woche oder täglich 8 Stunden und so viel wie nötig darüber, um den freien Sonntagsnachmittag zu erreichen. In Deutschland arbeiten die Frauen nur noch 46 Stunden die Woche; die Kinder bis zu 16 Jahren 36 Stunden. (Die Red.) Rußland verzeichnet noch niedrigere Arbeitszeiten, nämlich für Kinder bis zu 16 Jahren 4 Stunden, für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 6 Stunden täglich. Spanien dagegen hat noch für Frauen und Kinder die 52-Stunden-Woche, Griechenland für Frauen und Kinder über 14 Jahre die 54-Stunden-Woche, Bulgarien gar (wenigstens bis zum 1. Juli 1924) die 60-Stunden-Woche. Unter dem neuen indischen Fabrikgesetz arbeiten die Frauen immer noch 60 Stunden, Kinder jedoch nur 36 Stunden wöchentlich. In Frankreich dürfen in Dreifächigkeitbetrieben die Frauen nur in der Tageszeit arbeiten. In Oesterreich besteht ein

Gesetz, nach dem die Arbeit in Betrieben, wo zwei Drittel der Beschäftigten Frauen und Jugendliche sind, nur 44 Stunden wöchentlich gearbeitet werden soll.

Das gesetzliche Alter für die Zulassung der Kinder zur Fabrikarbeit, speziell in der Textilindustrie, ist in fast allen Staaten Europas und Nordamerikas 14 Jahre. Unrühmliche Ausnahmen machen Frankreich, Italien und Griechenland, die Kinder von 12 Jahren zur Fabrikarbeit zulassen, und Spanien, das schon 12-jährige der Fabrik überliefert. Die asiatischen Staaten stehen natürlich noch tiefer. Indien und Ägypten verzeichnen 9 Jahre als Zulassungsalter, Japan verlangt bisher 12 Jahre, die aber auf 14 erhöht werden sollen. Die sonstigen Zulassungsbedingungen der verschiedenen Staaten, wie ärztliche Untersuchung oder der Nachweis einer gewissen Schulbildung, sind bunt-schneidig, unzureichend und in vielen Ländern nichts als eine leere Formalität. Nicht viel besser steht es mit der Bildung des jugendlichen Proletariats. Der Besuch der Fortbildungsschulen ist in den meisten Ländern noch ein freiwilliger, und wo er obligatorisch ist, fehlt es häufig an einer energischen Durchführung. Der freie Samstagnachmittag ist fast in ganz Europa üblich und besonders für Frauen und Kinder ein Segen. Auch der Anspruch auf bezahlte Feiertage und bezahlte Ferien wird nach und nach überall anerkannt. Dagegen bricht sich der Gedanke der Wochenruhe nur langsam Bahn. Die Washingtoner Konvention über den Muttertag wurde nur von wenigen Ländern angenommen und von noch weniger vollständig durchgeführt. Der Bericht nennt nur Bulgarien, Chile, Dänemark, Großbritannien, Italien, Holland und die Schweiz als die Länder, in denen es gesetzlich verboten ist, Frauen eine gewisse Zeit nach ihrer Niederkunft zu beschäftigen. Diesen chaotischen Zuständen gegenüber stellt der Bericht eingehend begründete Schlussfolgerungen und Forderungen vor, von denen wir hier nur die wichtigsten in gedrängter Form wiedergeben können. In bezug auf die Arbeitszeit der Frauen wird verlangt: Eine 44-Stunden-Woche. Der Achtstundentag, der nicht überschritten werden darf. Keine Anwendung des Zwischenschichtensystems. Keine Überstunden. Tägliche Ruhepausen von mindestens 1 Stunde 30 Minuten, d. h. 1 Stunde mittags und je 15 Minuten morgens und nachmittags. Freier Samstagnachmittag und ganz freier Sonntag oder als Ersatz ein halber freier und ein ganz freier Tag in 7 Tagen. Bezahlung der obligatorischen Feiertage und mindestens 12 Tage bezahlte Ferien im Jahr. Durchführung der Washingtoner Konvention über den Muttertag, also Urlaub von 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft. Unterhalt während dieser Zeit auf Kosten des Staates, entweder prämienfrei oder auf Grund obligatorischer Versicherung. Bezüglich der Arbeit von Kindern und Jugendlichen: Ganzliches Arbeitsverbot von Kindern unter 14 Jahren. Unmäßige Erhöhung des Alters der Zulassung auf 16 Jahre. Entsprechende Entwicklung der Bildungsanstalten bis zu dieser Zeit. Obligatorischer Besuch der Fortbildungsschulen; Einredung der Unterrichtsstunden in die Arbeitszeit. Auf 44 Stunden wöchentlich sollen 22 auf den Unterricht entfallen. Ärztliche Untersuchung und Bildungsausweis vor der Zulassung. Berufsberatung. Wiederkehrende ärztliche Untersuchungen bis zum 18. Jahre. Im Zusammenhang damit eine Reihe von sozialen Einrichtungen zur Stärkung und Heilung schwacher und zurückgebliebener Jugendlicher.

Amitten der Organe der Reaktion mögen diese Forderungen überparnt erscheinen. Sie sind aber nur vernünftig, menschlich und billig — selbst in der bürgerlichen Gesellschaft — und bedeuten sich mit den Grundgedanken der kämpfenden Arbeiterchaft der ganzen Welt. Die gegenwärtige Reaktion kann nicht ewig dauern. Die Reaktion muß sich früher oder später erschöpfen, und die Bahn wird wieder frei werden für den sozialen Fortschritt und den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse.

Gegen den Krieg!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt uns: In diesem Jahre kehrt zum zehnten Male der Tag wieder, an dem der Weltkrieg seinen Beginn nahm. Es ist der geeignete Zeitpunkt, vor der Welt den Friedenswillen derjenigen zu bekunden, die den Krieg als der Menschheit unwürdig bekämpfen. Mit allen Mitteln arbeitet die ökonomische, nationalitätliche Propaganda auf den Vorgefertigten mit Frankreich hin; groß ist die Gefahr, daß hierdurch und durch die Wahnsinnspolitik Frankreichs Massen des deutschen Volkes, besonders die Jugend, für militaristische und damit kriegerische Zwecke gewonnen werden. Durch die Veranschaulichung der Folgen einer solchen Politik muß dem überall entgegengetreten werden. Räte Kollwitz hat für den Internationalen Gewerkschaftsbund eine Anti-Kriegs-Postkarte geschaffen, die besser als jede Schilderung durch Worte es vermag, den unbeschreiblichen Jammer des Krieges und seine Folgen zum Ausdruck bringt. Diese Karte muß jetzt in Massen unter unser Volk gedruckt werden. Jeder Friedensfreund benutze sie als Postkarte, um sie weiterzuverbreiten zu lassen. Die Anti-Kriegs-karte soll für 10 Pf. verkauft werden; den Organisationen wird sie für 8 Pf. das Stück unter Nachnahme zugestellt. Die gewerkschaftlichen Organisationen, Verbände, wie auch Ortsausschlüsse, werden ersucht, ihre Bestellungen schnellstens an die Verlags-gesellschaft des ADGB, Berlin E. 14, Inselstr. 6, zu richten.

Wie heißt der Mann?

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir: Auf einer großen Ostseeinsel sind seit Jahrhunderten die Wälder in der Hand des eingesehnen Adels, der sehr abgeschlossen und abseitslag lebte. — Bei einer Sturmflut ereignete es sich, daß dort ein Fischer das Boot weggetrieben wurde. Die Flut warf es so unglücklich auf das Ufer, daß es im Bereich des Herrn von Asberg-Nabern landete. Es war wirklich ein Unglück! Jeder andere hätte dem Fischer, dessen ganzes Vermögen im Boot steckte, und der sonst schon genug durch die Flut verloren hatte, sein Besitztum ohne weiteres wiedergegeben. Herr von Asberg-Nabern war anderer Ma-

tern, Rücken und Brust an ihm herab auf die Erde, der vielmehrigen Göttin Kall zu Füßen.

Dafar sah und horchte erstaunt auf die klingenden Mägen, als hörte er jedes Silberstück sprechen.

Erleuchtet von einem plötzlichen Gedanken, beugte er sich dreimal tief und ehrfürchtig vor dem Götterbild, verließ dann das Zelt und ließ sein ganzes Geld hinter sich bei der rächenden Göttin liegen.

„Die Göttin Kall hat gesprochen!“

„Den grauen Tod, die Armut, wünscht dir die Göttin Kall, Eibald!“ Und Dafar nickte ernst und zustimmend, dann verschwand er im Straßengewühl.

Tief in der Nacht, als die hellen Tropfenfernhüter wie Stachelhäute über den Häusern standen, schlich Dafar an seine Haustür und machte mit ein wenig Indigofarbe einen blauen Kreis an den Türpfosten, zum Zeichen, daß einer im Haus gefahren sei. Dann ging der Mann weiter durch die Nacht. Sein Weib würde am nächsten Morgen glauben, er wäre an der Türschwelle umgefallen und von der englischen Nachpatrouille als pestverdächtig in die Baracken fortgetragen worden. Der Offizier der Patrouille hätte dann, wie gewöhnlich, das blaue Zeichen notifiziert an die Tür gemalt.

Dafar wanderte unter den Ketten der schweren Sterne durch die Nacht. Morgen war der Monatsanfang, an dem die beiden Nähmaschinen den unerbittlichen englischen Fabrikanten bezahlt werden mußten; morgen war der Monatsanfang, an dem die Hauspacht entrichtet werden mußte. Die arbeitslosen feigen Bediensteten konnten Eibald nichts nützen. Morgen mußte Oliman sich eine andere Stellung suchen, morgen mußte Eibald mit ihrem Knaben — bestellt gehen.

Dafar schritt unter dem Steingewichte der Sterne durch die Nacht, und ihm war, als hätte er alle Arme der Göttin Kall am Beibe, so glückselig fühlte er sich. Er rächte sich tief mit allen göttlichen Armen der Nacht.

Dafar wanderte in dieser Nacht, reich wie die Finsternis, als Pilger zu dem Berg Abu, um ein Jain zu werden. Die Jains leben dort am Berge nackt und sprechen dem Welbe die Seele ab.

(Aus „Der Garten ohne Tadelstein“ von Max Dauwendeh, Verlag Ad. Langen, München.)

